

Behörden Spiegel

Nr. 1 / 40. Jg / 3. Woche

Berlin und Bonn / Januar 2024

www.behoerdenspiegel.de

Wegbereiter, Wegbeschreiber

Egal, welchen Berg es bei der Modernisierung und Transformation der öffentlichen Verwaltung zu erklimmen gilt, die einzelnen Projekte werden nur erfolgreich und nachhaltig realisiert werden können, wenn der Mensch von Anfang bis Ende des Weges entscheidender, gestaltender und umsetzender Faktor bleibt.
Mehr Informationen zu diesem Schwerpunktthema auf Seite 2.



Grafik: BS/ Marvin Hoffmann unter Verwendung von mast3r / Macrovector, stock.adobe.de

Auf der Spur des Geldes

Lindner gründet das Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität

(BS/ Hans-Jürgen Leersch) Drogenkartelle, Kleptokraten und Menschenhändler waschen ihr schmutziges Geld nur zu gerne in Deutschland. Geht es nach Finanzminister Christian Lindner (FDP), soll damit durch das geplante Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz bald Schluss sein. „Mit dem Gesetzentwurf zeigen wir der organisierten Finanzkriminalität die rote Karte“, gab sich der Minister kurz vor Weihnachten im Bundestag überzeugt. Die Opposition bezweifelt dies. Der CDU-Abgeordnete Matthias Hauer spricht sogar von „Entwarnung für alle professionellen Geldwäscher, Mafiosi und Clans“.

Das Geldwäsche-Problem ist massiv. Die SPD-Abgeordnete *Frau* Heiligenstadt beziffert den Schaden durch Geldwäsche in Deutschland auf rund 100 Milliarden Euro jährlich. Auch *Lindner* räumt ein: „Deutschland genoss bisher den bescheidenen Ruf, ein Paradies für illegale Finanzgeschäfte zu sein.“ Aufsehen erregte der Fall eines 19-Jährigen aus dem Clan-Umfeld in Berlin, dem mehrere Immobilien gehörten. Obwohl die Herkunft des Vermögens unklar blieb, mussten die beschlagnahmten Vermögensgegenstände wieder zurückgegeben werden.

Fälle wie dieser zeigen den Nachholbedarf der Bundesrepublik bei

der Geldwäsche-Bekämpfung. Abhilfe soll das neue Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF) im Geschäftsbereich von *Lindners* Finanzministerium schaffen.

„Wir schlagen damit ein neues Kapitel bei der Bekämpfung der Geldwäsche auf“, so *Lindner*. Zuständigkeiten würden gebündelt. Habe man in der Vergangenheit vorrangig die Vortaten (Bekämpfung von Betrug, Drogenhandel, Menschenhandel) im Blick gehabt, werde jetzt „der Spur des Geldes“ gefolgt.

Keine durchgreifenden Befugnisse?

Zur künftigen Organisationsstruktur sieht der Gesetzentwurf vor, die bestehende Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS) und die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) zum 1. Juli 2025 von der Generalzolldirektion (GZD) in das BBF zu überführen. Im BBF soll es künftig eine Zentralstelle für Geldwäscheaufsicht (ZfG) geben. Ein Ermittlungszentrum Geldwäsche (EZG) soll für strafrechtliche Ermittlungen bei bedeutsamen Fällen der internationalen Geldwäsche mit Deutschlandbezug eingerichtet werden.

Allerdings wird das EZG nur ergänzend zu den Strafverfolgungs-

„Deutschland wird Geldwäscherparadies bleiben.“

Matthias Hauer, CDU-Abgeordneter

behörden tätig werden können. Gedacht ist etwa an die Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen. Zudem wird das BBF mit dem Bundeskriminalamt (BKA) durch die Einrichtung einer Gemeinsamen Ermittlungsgruppe (GEG) verzahnt. Im BKA selbst wird es einen „nachhaltigen Ressourcenaufbau“ im Bereich Geldwäsche geben.

Fälle wie den des 19-jährigen Immobilienbesitzers können mit diesem Entwurf nicht zufriedenstellend gelöst werden. *Lindner* gab das im Bundestag offen zu, als er auf die „Einziehung hochwertiger Vermögensgegenstände unklarer Herkunft“ zu sprechen kam: „Noch befinden wir uns in Abstimmung innerhalb des Ressortkreises.“ Wie zu hören ist, gibt es besonders im Justizministerium von *Lindners* Parteifreund *Marco Buschmann* Widerstand, Vermögen unklarer Her-

kunft ohne strafrechtliche Verurteilung einziehen zu können. *Lindner* sprach von einer „Reihe von sorgfältigen Abwägungen“ hinsichtlich der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger.

Ohne Nachbesserungen keine Erfolgsaussichten

Der gesamte Stellenbedarf des BBF wird auf 997 Stellen bis 2027 beziffert. „Die Planstellen und Stellen, die für FIU und ZfS im Bundeshaushalt veranschlagt sind, werden zum 1. Januar 2025 von der Generalzolldirektion zum Bundesamt umgesetzt“, heißt es dazu im Gesetzentwurf. Mehrbedarf muss innerhalb des Einzelplans ausgeglichen werden.

Allerdings können hier bei den Haushaltsberatungen Änderungen erfolgen. Die Union zieht ein bitteres Fazit: „Deutschland wird Geldwäscherparadies bleiben“, sagt *Hauer*. Die Ampel-Koalition schaffe Behörden-Chaos mit überlappenden Strukturen. *Lindners* neue Behörde dürfe nicht einmal verdeckte Ermittlungen durchführen, kritisiert *Hauer*.

Wenn also bis zum geplanten Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens am 23. Februar im Bundestag nicht nachgebessert wird, wird es für die organisierte Finanzkriminalität nur die gelbe Karte geben.



Justiz modernisieren

Die Berliner Justizsenatorin Dr. Felor Badenberger will sich während ihrer Amtsperiode der Modernisierung der Justiz annehmen.

Seite 5



Mehr Klimaresilienz

Wetterextreme wie Hochwasser stellen die Kommunen immer häufiger auf Belastungsproben. Mit dem Konzept der Schwammstadt kann gegengesteuert werden.

Seite 12



Zeitenwende im Westen

Die Idee des ideologischen Posthistorismus von der Herrschaft westlicher Lebensformen wird mit der Realität des Ukraine-Krieges konfrontiert.

Seite 35

Adressfeld

Müllberge

(BS/Marlies Vossebrecker) Nicht nur nach der Silvesternacht sind innerstädtische Straßen und Plätze stark verschmutzt: Vielerorts sammeln sich Unrat und Müll im öffentlichen Raum an. Dabei scheint der Gedankengang zu gelten, wo bereits Abfall liegt, kann umso mehr Abfall abgelegt werden. Doch warum haben so viele Kommunen mit immer größeren Mengen an Müll zu kämpfen? Und stehen sie dem Problem machtlos gegenüber?



Grafik: BS/Hoffmann unter Verwendung von Davidd, stock.adobe.com (Generiert mit KI)

Mit diesen Fragestellungen sieht sich etwa die Stadt Köln konfrontiert. Da laut Stadt der öffentliche Raum für Freizeitaktivitäten zunehmend an Bedeutung gewinnt, hätten sich gerade Plätze und Grünanlagen zu beliebten Treffpunkten entwickelt. Zusätzlich verstärkte der Trend des To-go-Verzehrs durch Einwegverpackungen das Aufkommen größerer Müllmengen. Trotz der intensiven Nutzung des öffentlichen Raums seien Respekt und Wertschätzung ihm gegenüber gesunken, etwa durch unachtsames Hinterlassen von Abfall. Infolge von steigendem Müllaufkommen sei die kontinuierliche Anpassung der Straßenreinigungskosten unumgänglich. Inzwischen lägen die jährlichen Reinigungskosten bei rund 13 Millionen Euro – Tendenz steigend.

SCHWERPUNKT



Die geschilderten Gegebenheiten bestätigt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB): In den letzten Jahren habe die mutwillige Vermüllung, sogenanntes Littering, drastisch zugenommen. Ursächlich seien hier vor allem neue Ernährungsgewohnheiten, fehlende Wertschätzung des öffentlichen Raums sowie schlichte Bequemlichkeit: „Betroffen sind nahezu alle Bereiche des öffentlichen Raums: öffentliche Stra-

ßen, Innenstädte, Parkplätze, Flussufer, aber auch Wälder“, erläutert der DStGB.

Die Stadt Köln versucht derweil auf verschiedenen Wegen, der wachsenden Problematik beizukommen. Aktuell sind ein Zero-Waste-Konzept sowie der Masterplan Stadtsauberkeit in Arbeit bzw. in Umsetzung, um die Müllmengen zu reduzieren. Daneben existieren verschiedene Kampagnen für Anreize zur Abfallvermeidung. Die Stadt organisiert außerdem Reinigungsaktionen oder bietet ein umfangreiches Entsorgungsangebot etwa für Sperrmüll an und sanktioniert Littering mit teils hohen Geldbußen. Allerdings sind den Kräften des Ordnungsamts oft die Hände gebunden, denn illegale Verschmutzungen können nur dann geahndet werden, wenn sie unmittelbar beobachtet werden.

Dies bestätigt der DStGB und verweist auf die Möglichkeit von verstärkten Kontrollen, erhöhten Bußgeldern oder Kampagnen zur Schärfung des Umweltbewusstseins.

Doch was sowohl bei Kommunen als auch bei Verbänden in der Theorie schlüssig klingt, verfügt in der Praxis nicht über genügend Durchschlagskraft, um achtloser und mutwilliger Verschmutzung effizient entgegenzuwirken. Die genannten Ansätze führen letztlich zu keiner zufriedenstellenden Lösung. Gerade die Vielzahl an Kleinstverschmutzungen, wie beispielsweise Kaugummi-Ausspucken oder Zigarettenkippen-Hinterlassen, bleibt vielfach ungestraft, weil es keine direkten Zeugen gibt und viele Bürgerinnen und Bürger derartiges Verhalten nicht als ordnungswidrig einstufen dürften.

„Nicht die Stadt macht den Müll, sondern die Menschen“, heißt es

aus der Stadt Köln. Es kommt auf die Beteiligung der Bevölkerung an. So organisiert der Kölner Verein KRAKE e.V. etwa ehrenamtliche Müllsammelaktionen. *Christian Stock*, der Erste Vorsitzende des Vereins, sieht unter anderem in gleichgültigem Verhalten Gründe für die zunehmende Vermüllung

„Es vergeht keine Sekunde in Berlin, ohne dass irgendwo Müll im öffentlichen Raum anfällt.“

Anne Sebold, Geschäftsführerin und Projektleiterin von wirBERLIN

Kölns: „Was wir bei den Aktionen des KRAKE e.V. regelmäßig am Rheinufer, in Parks und Wäldern finden, sind Zigarettenstummel, Einwegverpackungen, To-go-Becher, Überbleibsel von Grillfeiern, Glitterkonfetti und Luftballons“, so *Stock*. Er appelliert an die Menschen, ihr Einkaufsverhalten zu überdenken und etwa auf unnötige Plastikverpackungen zu verzichten.

Mitarbeit der Bevölkerung ist entscheidend

Das bürgerschaftliche Engagement sei notwendig, um das Littering einzudämmen, erklärt er, und verweist darauf, dass viele Kommunen Interessierten Gerät für Müllsammelaktionen kostenlos zur Verfügung stellten.

In Berlin bereiten neben Littering vor allem Sperrmüll, blaue Müllsäcke und in besonderem Maße auch Bauabfälle Sorgen. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) berichtet von rechtswidrig handelnden Gewerbetreibenden, zu denen etwa unseriöse Entrümpelungs- oder Baufir-

men zählten, die Abfälle illegal im öffentlichen Raum ablagerten, um so gewerbliche Entsorgungskosten zu umgehen.

In ganz Berlin beseitige die BSR durchschnittlich rund 35.000 Kubikmeter illegale Müllablagerungen wie Sperrmüll, Elektroschrott und sonstige Abfälle pro Jahr, ausge-

nommen Bauabfälle, so die BSR. Dadurch entstünden jährliche Kosten in Höhe von rund fünf Millionen Euro. „Die Menge an illegalen Müllablagerungen bewegt sich seit Jahren berlinweit auf einem hohen Niveau“, erläutert die BSR und beklagt: „Manche Straßen werden beispielsweise wöchentlich von uns angefahren, um illegale Müllablagerungen zu entfernen.“

Durch eine Gesetzesänderung im Mai 2023 hat die BSR den Auftrag zur unmittelbaren Beseitigung illegaler Müllablagerungen erhalten, wodurch gesonderte Einzelbeauftragungen in diesem Bereich entfallen: „Die erfolgten Gesetzesänderungen ermöglichen es der BSR nun, im Rahmen eines Gesetzauftrags sowohl illegale Müllablagerungen als auch unerlaubt abgeladene Bauabfälle zu beseitigen – und zwar im öffentlichen Straßenland sowie in Grünanlagen und Forstgebieten. Das hat die Logistik zur Entfernung solcher Ablagerungen im Vergleich zur bisherigen Beauftragungspraxis deutlich verbessert“, heißt es

von der BSR. Ebenso wie die Stadt Köln setzt auch die Hauptstadt auf hohe Bußgelder, Kampagnen und zahlreiche Entsorgungsangebote. Neben 14 Recyclinghöfen gibt es beispielsweise einen Sperrmüll-Abholservice oder ein Gebrauchtwarenhaus für ausrangiertes Mobiliar. Zudem brauche es das Verantwortungsgefühl der Menschen, die vorhandenen Angebote zu nutzen.

Bürgerschaftliches Engagement fördert auch die gemeinnützige Initiative wirBERLIN, die sich mit Müllsammelaktionen und Kampagnen gegen die zunehmende Vermüllung Berlins einsetzt. Geschäftsführerin und Projektleiterin *Anne Sebold* nennt Bequemlichkeit und mangelndes Bewusstsein als Gründe für Littering. Kritisch steht auch sie dem To-go-Verzehr im Freien gegenüber und bestätigt die Beschreibungen der BSR, dass vielerorts Sperrmüll abgelagert wird. *Sebold* weiß: „Es vergeht keine Sekunde in Berlin, ohne dass irgendwo Müll im öffentlichen Raum anfällt.“

Ähnlich wie *Stock* sieht auch *Sebold* die größten Erfolgchancen im bewussten Konsum der Bevölkerung und in der Teilnahme an Reinigungsaktionen, die wirBERLIN seit 13 Jahren regelmäßig anbietet. Dennoch betont *Sebold*, dass die Kommunikation unbedingt auf Augenhöhe stattfinden solle, unter Verzicht auf moralische Belehrungen. Entscheidend könnten auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sein, die eine Vorbildfunktion darstellten. Zugleich nimmt *Sebold* die Stadt selbst in die Pflicht: Neben weiteren Programmen zur Umweltbildung und Anreizschaffung für umweltfreundliches Verhalten könnte etwa die Förderung lokaler und nachhaltiger Initiativen hilfreich sein.